



Mittwoch, 25. Juni 1975

Blatt 1577

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Kultur:
(gelb)

7,6 Millionen S für Altstadterhaltung
200 Jahre Augarten - 100 Jahre Donauregulierung
Komponistenausstellung im Arkadenhof

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k u l t u r :

=====

7,6 millionen s fuer altstadterhaltung

1 wien, 25.6. (rk) eine summe von 7,6 millionen s genehmigte dieser tage der beirat zum altstadterhaltungsfonds fuer zwecke der altstadterhaltung. mit teilbeträgen aus dieser summe werden unter anderem restaurierungsarbeiten am sogenannten "schwarzen elefantenhaus" in der lange gasse, an der haeusergruppe wiedner hauptstrasse 30 - 34, zu der auch das gluckhaus gehoert, und an der kirche maria am gestade unterstuetzt. weitere gefoerderte objekte sind die karlskirche und die elisabeth-votivkapelle am himmel im 19. bezirk. in der beiratssitzung wurde auch im rahmen der servicleistungen der altstadterhaltungsstelle einem auftrag fuer die erstellung eines sanierungskonzeptes fuer die haeuser kirchberggasse 11, 13 und 15 im 7. bezirk zugestimmt. (may)

0909

k u l t u r :

=====

200 jahre augarten - 100 jahre donaufregulierung

2 wien, 25.6. (rk) der freigabe des ehemaligen kaiserlichen jagdgebietes ''augarten'' durch kaiser josef (roem) 2. fuer die wiener bevoelkerung 1775 und dem 100. jubilaeum der donaufregulierung ist die derzeitige kleinausstellung der wiener stadtbibliothek auf dem gang vor der bibliothek im wiener rathaus gewidmet. karten, bilder und zeitgenoessische schriften versuchen auf knappen raum beide ereignisse zu illustrieren. die ausstellung ist von montag bis freitag den ganzen sommer ueber zu besichtigen. (may)

0910

komponistenausstellung im arkadenhof

3 wien, 25.6. (rk) das wiener stadt- und landesarchiv veranstaltet anlaesslich der diesjaehrigen arkadenhofkonzerte eine kleinausstellung beim arkadenhofseitigen eingang zur schmidthalle, die bis 30. august 1975 zu besichtigen ist. es werden exponate ueber die komponisten ludwig van beethoven, franz schubert, johann strauss vater und sohn, joseph lanner und robert stolz ausgestellt, deren werke im rahmen der konzerte zur auffuehrung gelangen. damit soll den besuchern gelegenheit geboten werden, sich waehrend der pause ueber leben und werk der komponisten zu informieren. (pr)

0912

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 25.6. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka trat Mittwoch der Wiener Landtag zu seiner 17. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand lediglich ein Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses, nach dem dem Landtagsabgeordneten Dkfm. Dr. Erich Ebert (ÖVP) und Kommerzialrat Franz Blauensteiner (ÖVP) die Betätigung im Aufsichtsrat der Donau-Handels- und Vertretungs Ges.mbH. beziehungsweise der Österreichischen Viehverwertungsges.mbH. gestattet wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag der ÖVP-Fraktion auf Novellierung der Bauordnung durch die Bestimmung, daß die Errichtung von Einkaufszentren von einer Zweckwidmung im Bebauungsplan durch den Gemeinderat abhängig sei, wurde an den zuständigen Stadtrat der Geschäftsgruppe V weitergeleitet.

Ein weiterer ÖVP-Antrag auf ausdrückliche Bindung der Mittel aus dem Kulturschilling für Zwecke der Altstadterhaltung wurde an den zuständigen Stadtrat der Geschäftsgruppe III weitergeleitet. (may)

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Wiener Gemeinderat:Stadtgestaltung und Verkehr

Wien, 25.6. (RK) Planung und Veränderung der Stadt sind über größere Zeitspannen verflochten. Daher muß die Stadtplanung Kontinuität bewahren, um eine möglichst hohe Qualität des Lebens für die Bevölkerung zu sichern. Dies erklärte StR. Ing. Fritz Hofmann (SPÖ) in der Debatte zum Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht für die Geschäftsgruppe V, Stadtgestaltung und Verkehr. Hofmann konzentrierte sich auf einen Bericht über die Tätigkeit in den letzten fünf Jahren.

Stadterneuerung hat Vorrang

Hatte in den letzten Jahren die Phase der Stadterweiterung dominiert, so liege nun der Schwerpunkt, ohne die Kontinuität zu verletzen, bei der Stadterneuerung, stellte der Stadtrat fest. Die bereits angelaufenen Maßnahmen verdeutlichen das:

- o die Bebauungspläne für das dichtbebaute Stadtgebiet wurden weitgehend überarbeitet;
- o eine umfassende Novellierung der Bauordnung wurde vorbereitet;
- o das vor einem Jahr beschlossene Stadterneuerungsgesetz setzt die Gedanken zur Stadterneuerung in ein Rechtsinstrument für die Stadtplanung um;
- o die Wohnungsförderung erfaßt nun vor allem die Verbesserung des Wohnungsbestandes.

StR. Hofmann wies vor allem darauf hin, daß Stadterneuerung sich nicht auf den Stadtkern beschränkt. Die Vorarbeiten zur Ausgestaltung der Währinger Straße und der Meidlinger Hauptstraße zeigen, daß Bezirkszentren Schwerpunkte der Erneuerung sind. Die Grünräume der Stadt sind vordringliche Erneuerungsaufgaben, betonte der Stadtrat. Beispielhaft erwähnte er die westlichen Gebiete der Stadt, die Vorbereitung und Durchführung von Verbesserungen im Bereich der Alten Donau und die Schaffung von Spielstraßen, d.h. eine bessere Benützbarkeit von öffentlichen Flächen durch die Bevölkerung. Weiter vordringliche Gebiete der Erneuerung sind der Bereich des Verkehrs, vor allem durch den U-Bahn-Bau hervorge-

rufene Maßnahmen wie Gestaltung des Karlsplatzes und des Stephansplatzes, die soziale Infrastruktur und die Arbeitsstätten. "Wien hat keine Slums" erklärte Hofmann. Er wolle damit keineswegs die bestehenden Stadterneuerungsaufgaben verniedlichen, sie sind jedoch, so Hofmann, recht gleichmäßig über große Teil des Stadtgebietes verteilt.

Stadterneuerung Ausdruck gewachsener Bedürfnisse der Bevölkerung

Die Randwanderung der Wiener Wohnbevölkerung setzt sich fort, erklärte StR. Hofmann. Gründe dafür sind die hohe Bewertung der Umweltfaktoren Licht und Luft wie der Mangel an baureifen Nutzungen im bereits bebauten Gebiet.

Die Stadterweiterung der letzten fünf Jahre orientierte sich an Entwicklungsachsen. Die bedeutendsten sind: die Entwicklungsachse entlang der Prager Straße, Brünner Straße im 21. Bezirk und entlang der Wagramer Straße im 22. Bezirk, die Stadtteile Simmerings am rechten Donauufer, die Per Albin Hansson-Siedlung in Favoriten, das Gebiet zwischen Inzersdorf und Vösendorf als Stadterweiterung Süd und die Entwicklungsachse von Meidling bis Siebenhirten. Gerade der Ausbau des östlichen Teiles des 22. Bezirkes wird den Vorstellungen vieler Wiener vom "Wohnen am Wasser" gerecht. Der städtebauliche Wettbewerb "Donaubereich Wien" wird die Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes für den gesamten Donaubereich bringen. In Simmering wird der Hafen Albern weiter ausgebaut.

Besonders hob der Stadtrat hervor, daß der Wald- und Wiesengürtel rund um die Stadt Wien um mehr als tausend Hektar erweitert wurde. In diese Umweltschutzmaßnahmen fällt auch die Schaffung eines neuen Begriffs "Gartensiedlungsgebiet", wodurch der Tendenz der Kleingartennutzung zur Zweitwohnungsnutzung Rechnung getragen wird.

Demokratisierung der Planung

Hofmann kündigte an, daß durch die Bauordnungsnovelle die Bezirksvertretungen auch formell in den Planungsprozeß eingeschaltet werden. Den Bezirksvertretungen sollen unwesentliche Änderungen des Bebauungsplanes und die Zustimmung zu Abweichungen vom Bebauungsplan übertragen werden. Außerdem soll die Frist der öffentlichen Auflage von Antragsentwürfen vor der Beschlußfassung über Bebauungspläne von 14 Tagen auf vier Wochen erweitert werden. (sei)

Südautobahn hat Vorrang

Als erster Debattenredner forderte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) eine Forcierung der Südautobahn und gleichzeitig eine wesentliche Reduzierung der im Bundesstraßengesetz 1971 für Wien vorgesehenen Autobahntrassen und Schnellstraßen. Dr. Hirnschall gab seiner Meinung Ausdruck, daß neben dem Ausbau der Südautobahn vor allem der Bau des Verbindungsstückes der Autobahn zwischen der Praterbrücke und Favoriten und des Außenringes von der Stockerauer Autobahn zur Praterbrücke vorangetrieben werden sollte. Dafür könnte - wie dies die FPÖ schon in den letzten Jahren in verschiedenen Anträgen immer wieder verlangt habe - auf einen großen Teil der ohnehin für die Stadtentwicklung so gefährlichen Autobahntrassen verzichtet werden. Für die Planung der Autobahn sei in Zukunft eine sorgfältigere Detailplanung für die Flächenwidmung vorzunehmen, da der Verfassungsgerichtshof schwere Bedenken gegen die bisherige Praxis der Stadtplanung, Flächenwidmungen für Autobahnen ohne Detailplanung vorzunehmen, angemeldet habe.

Die Entscheidung über den bevorzugten Ausbau der Vorortelinie als S-Bahn-Strecke solle baldigst erfolgen. Die Stadt solle sich intensiver mit dem Angebot von Verkehrsminister Lanc, bei einer jeweiligen Drittelbeteiligung der Länder Wien und Niederösterreich diese Strecke zur S-Bahn auszubauen, beschäftigen.

Sonst würden die Bundesbahnen diese Strecke nur eingleisig elektrifizieren. Die vom Bund veranschlagten Kosten von 597 Millionen S seien obendrein nicht so hoch, wenn man bedenke, daß diese zehn Kilometer lange Strecke damit ebenso viel koste wie ein Kilometer U-Bahn.

Abschließend kam der Redner auf das im letzten Konjunkturbericht von der Geschäftsgruppe II vorgelegte Zentrenkonzept zu sprechen, das die Errichtung von Shopping-Centers unter anderem auf den Nordbahngründen und in der Hernalser Hauptstraße vorsehe. Die Verwirklichung dieses Konzepts könnte für den Einzelhandel in einigen Bezirksgeschäftsstraßen katastrophale Auswirkungen haben. Es sei daher Aufgabe der Stadtplanung, seine Verwirklichung zu verhindern, etwa in Form einer Novellierung der Bauordnung für Wien, wie sie die ÖVP im heutigen Landtag beantragt habe.

Mehr Mitsprache der Bevölkerung

Als nächster Redner nahm GR. Arthold (ÖVP) zum Problem der Schaffung von Gartensiedlungen Stellung. Er begrüßte namens seiner Fraktion die Novelle zur Bauordnung, die die Schaffung dieses neuen Typus möglich mache, verlangte aber gleichzeitig die Erstellung eines genauen Konzeptes, mit dem Siedlungsgebiete und Kleingartengebiete für die Zukunft detailliert ausgewiesen würden. Auch sollten für jene Kleingärtner, die wegen ihres Alters weder an einem Ersatzgrundstück noch an einer finanziellen Abfertigung interessiert sind, in den abzusiedelnden Kleingartengebieten etwa zehn Prozent der Flächen reserviert bleiben.

Der Redner kritisierte weiter das Fehlen eines einheitlichen Planes für ganz Wien, was dazu führe, daß die Planungsziele nicht immer erkennbar seien. Unter anderem machte dieses Fehlen der Einsicht in die Planungsziele und der Bedarfsprognosen auch die Information der Bevölkerung durch die Bezirks- und Gemeinderäte äußerst schwierig. Der Redner kritisierte weiter, daß die Stellungnahme der Bezirksvertretung zu einer Flächenwidmung zuerst erfolge und erst dann diese öffentlich zur Diskussion gestellt werde. Die umgekehrte Reihenfolge erschiene im Sinne eines Mitspracherechtes der Bevölkerung sinnvoller. Aber nicht nur die Bezirksvertretung und die jeweils Betroffenen, sondern auch der Wiener Gemeinderat seien gegenüber den von der Stadtbaudirektion vorgelegten Plänen zum reinen Ja- oder Neinsagen verdammt. Das habe sich besonders deutlich am Beispiel der ersten Fußgängerzonen gezeigt, wo der Gemeinderat wohl über die Aufstellung von Beleuchtungskörpern und Papierkörben für diese entscheiden durfte, aber nicht über die Errichtung der Fußgängerzonen selbst. Der Redner forderte für die Planung, die schließlich entscheidend für die Lebensqualität in der Stadt sei, eine Verankerung des Mitspracherechtes der Bevölkerung in der Verfassung. Auch sollten die Bezirksvertretungen nicht nur eine beratende Funktion haben, sondern ihre Beschlüsse sollten Rechtskraft besitzen. Dann werde es für die politischen Mandatäre aller Fraktionen leichter sein, bei unpopulären Maßnahmen die Bevölkerung zu motivieren. (may)

Garagenbau soll beschleunigt werden

GR. Blauensteiner (ÖVP) beschäftigte sich vor allem mit dem Garagenbau und dem Individualverkehr in Wien.

Es würde nicht ausreichen, wenn der Autofahrer einfach auf öffentliche Verkehrsmittel umstiege. Es müßte, so meinte der Redner, vielmehr Wert darauf gelegt werden, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu machen, vor allem zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. In den letzten zehn Jahren ist ein Anstieg des Pkw-Anteils von 130 auf 250 pro tausend Personen zu verzeichnen.

Auch der ruhende Verkehr wurde immer mehr vernachlässigt. Im Vergleich zum Ausland, wurde in Wien erst sehr spät mit dem Garagenbau begonnen. Hier hätte der Bauring wertvolle Arbeit leisten können.

Auch die Förderung des Garagenbaues blieb in Wien unberücksichtigt. Es sei derzeit ein Garagenkonzept nur für die Innenstadt bekannt. Der Einkaufsverkehr sei für die Wirtschaftskraft von größter Bedeutung, daher ist eine Konzipierung des ruhenden Verkehrs dringend nötig. Nur deshalb steigt für die Autofahrer die Attraktivität der Einkaufszentren am Stadtrand.

Blauensteiner führte schließlich den Weinort Grinzing an, wo durch die Schaffung einer Fußgängerzone eine große Zahl von Parkplätzen verloren gegangen ist. Es ist allerhöchste Zeit mit dem Garagenbau in Grinzing zu beginnen und die Attraktivität des Heurigenortes vor allem für den Fremdenverkehr zu heben. Blauensteiner stellte daher den Antrag, es solle ein Prioritätenkatalog für den Garagenbau erstellt werden.

In Wien werde auch viel davon gesprochen, Parkraum an den Einfällstraßen, Eisenbahn- und Autobusnotenpunkten zu schaffen. Er stellte daher den Antrag, es möge ein Parkleitsystem errichtet werden.

Optimaler Interessenausgleich

Bei der Stadtplanung ist auf künftige Wünsche der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, erklärte GR. Edlinger (SPÖ). Die Probleme, die sich dabei ergeben, seien jedoch vielschichtig. So fordere zum Beispiel der Umweltschutz oft ein Umdenken in der Planung.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der Planung ist oft Anlaß, Pläne neu zu überdenken oder auch zu ändern, wie das Beispiel Karlsplatz gezeigt habe. Auch das Projekt des absoluten Hochwasserschutzes (Donauinsel) werde bei seiner Verwirklichung ständig durch Fachleute überprüft. Bei der Planungsbeteiligung gelte es jedoch, nicht die Interessen einzelner zu berücksichtigen, sondern einen optimalen Interessensausgleich zu erreichen. Edlinger wies darauf hin, daß es im Zusammenhang mit der Stephansplatz-Planung zahlreiche Gespräche mit Betroffenen gegeben habe. Bei der Planung Ottakringer Stadtarneuerungsgebiet würde auf die Stellungnahmen von 217 Einwohnern Rücksicht genommen. Es sei leider eine Tatsache, daß die Planungsverwirklichung und die wirtschaftliche Lage eng zusammenhängen. Edlinger wies auf die Arbeitslosigkeit in den USA und in Westeuropa hin und betonte, daß in Österreich der Beschäftigtenstand noch immer um rund 300.000 höher ist als vor fünf Jahren, daß die Inflationsrate sinkt und der Fremdenverkehr einen Aufschwung erlebt. Mit einem gezielten Investitionsstoß werde alles getan, um die Wirtschaftskrise von unserem Land weitgehend fernzuhalten. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die politische Linie der ÖVP als eindeutig gegen Wien gerichtet. So habe Prof. Koren (ÖVP) verlangt, Wien bei Investitionen durch den Bund auszuschließen. Die Wiener ÖVP sei auch gegen eine Reihe von Wiener Großbauvorhaben gewesen beziehungsweise habe nur dann Projekten zugestimmt, wenn sie glaubte, für sich taktisch richtig zu handeln. Wien als Sitz internationaler Organisationen, das sei ein wichtiger Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit und damit für den Frieden. Durch den Bau der UNO-City würden Tausende Menschen beschäftigt, gingen starke Impulse für die Wirtschaft aus. Und dennoch ziehe die ÖVP immer wieder gegen dieses Projekt zu Felde. Den VP-Vorstellungen Folge zu leisten, hieße Arbeitsplätze zu gefährden, erklärte Edlinger. (am)

Kritik an Verkehrsplanung

Besonders an der Verkehrsplanung übte GR. Josef Hoffmann (ÖVP) Kritik. Von den ohnedies für Straßenneubauten bescheidenen Mitteln von 231 Millionen für 1974 seien nur 224 Millionen S verbraucht worden. Das sei eine kurzsichtige Politik, da sie auf Kosten der Verkehrssicherheit gehe und Wien für den Fremdenverkehr immer weniger attraktiv mache.

Beim beabsichtigten Ausbau einer S-Bahn-Linie zum Flughafen Schwechat baue man zwar an einer Station in Schwechat und beabsichtigte eine im 3. Bezirk, aber was dazwischen sein wird, sei nicht bekannt, weil noch immer das notwendige Konzept fehle. Den Denkanstoß für die nun erfolgte Umplanung des Karlsplatzkonzeptes beanspruchte der Redner für die ÖVP-Wieden. Begrüßenswert sei das sogenannte Spielstraßenkonzept. Es fehle aber ein erstes Beispiel der Verwirklichung. Was das Beschleunigungsprogramm für die Massenverkehrsmittel betreffe, so scheine ein Konzept noch gar nicht geboren zu sein. Gewiß seien dafür beträchtliche finanzielle Mittel notwendig, aber in manchen Fällen würde die Farbe für Vorrangspuren genügen. Unverständlich seien die widerspruchsvollen Ansichten über den Ausbau der Vorortelinie: Während noch im Vorjahr die ÖBB die Möglichkeiten der Verwirklichung dargelegt und Kostenberechnungen mit 767 Millionen S vorgelegt habe, werde jetzt in der Arbeiter-Zeitung nur mehr von einem "Traum von der S-Bahn" geschrieben. Dieser Traum scheine zu einem Trauma zu werden. Man sollte sich jedoch weiter mit der Verwirklichung des Planes befassen und die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Was die nunmehr gesperrte Philadelphiabrücke betreffe, kritisierte GR. Hoffmann, daß die Stadt Wien 14 Monate lang gezögert habe, den Zustand der Brücke nach der Übernahme von den ÖBB zu überprüfen und daß man schon länger als zehn Jahre die Neuplanung ohne Ergebnis betreibe. (smo)

Förderung des öffentlichen Verkehrs

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) forderte die Erhaltung der Umweltqualität bei Verkehrsplanungen. Der Bau von Tiefgaragen sei, so Nedwed, aus diesem Grund dem Bau von kostengünstigeren Hochgaragen vorzuziehen. Durch die Schaffung der Verkehrsverbundgesellschaft, den Bau der U-Bahn und den Ausbau der Schnellbahn und der Verbesserung des Verkehrsflusses bestehender öffentlicher Verkehrslinien, wird der öffentliche Verkehr attraktiver werden. Die Politik der Rathausmehrheit folge daher ihrem programmatischen Grundsatz "Mehr Förderung des öffentlichen Verkehrs", erklärte GR. Nedwed. Die Anstrengungen der Stadt Wien dienen auch der Wirtschaft: durch den U-Bahn-Bau wird nicht nur die Wirtschaft Wiens, sondern auch die Wirtschaft anderer Bundesländer positiv beeinflusst, sagte der Gemeinderat.

Für Revitalisierung der Altstadt

Scharfe Kritik an der Politik der Altstadterhaltung in der Geschäftsgruppe V übte GR. Dr. Macher (ÖVP). Er beanstandete das Schweigen des zuständigen Stadtrats in seinem Bericht. Das könne nur damit zusammenhängen, so Macher, daß man in der Praxis nichts vorzuweisen habe.

Konkret ging der Redner auf das Schutzzonengebiet Freyung in der Inneren Stadt ein. Hier sei man über Absichtserklärungen nicht hinausgekommen. Das Argument, die Kosten der Altstadterhaltung würden sich nicht amortisieren, muß widerlegt werden: durch begleitende Revitalisierungsmaßnahmen sei Altstadterhaltung auch wirtschaftlich vertretbar, stellte GR. Macher fest.

Bei einem beabsichtigten Projekt in der unmittelbaren Nähe des Rathauses könnte Revitalisierung betrieben werden: durch die bestmögliche Nutzung des Areals des ehemaligen Forum-Kinos. GR. Macher stellte den Antrag, einen Wettbewerb über die bestmögliche Nutzung zu veranstalten. Damit sollte, so Macher, der beabsichtigte Bau eines Rechenzentrums neu überdacht werden. (sei)

Schlußwort

In seinem Schlußwort betonte StR. Ing. Hofmann (SPÖ), daß es gerade in Favoriten eine optimale Information der Bezirksmandatäre und Gemeinderäte gegeben habe. Wenn GR. Arthold hier Kritik übe, so sei sie fehl am Platz. In offiziellen Sitzungen der Bezirksvertretung seien alle Probleme, die Fußgängerzone und Flächenwidmungspläne betreffen, behandelt worden. Jeder Mandatar habe diesen Sitzungen beiwohnen können. Es müsse in diesem Zusammenhang betont werden, daß die ÖVP-Fraktion zu diesen Problemen keine einheitliche Meinung gehabt habe. Was die Information und Stellungnahme der Bezirksvertretung vor der öffentlichen Auflage eines Projekts betreffe, so sei er, Hofmann, der Meinung, daß man dies im Sinne eines echten Mitspracherechts beibehalten müsse.

Zum Autobahnknoten Arsenal erklärte der Berichterstatter, daß bei den Prozessen mit Kleingärtnern bereits Gerichts- und Anwaltskosten in der Höhe von mehr als einer Million S aufgelaufen seien, wobei die Stadt Wien alle Prozesse gewonnen habe. Die Stadt

wäre gezwungen, die Betroffenen zahlen zu lassen. An die ÖVP-Gemeinderäte gewendet, stellte Hofmann die Frage, ob ein Wahlgag auf Kosten der Kleingärtner soviel wert sei?

Was den Garagenbau betreffe, so gebe es bereits Prioritäten. Die Garage in Grinzing wäre längst fertig, hätten nicht die Anrainer gegen das Projekt Einspruch erhoben. Es sei eben in Grinzing nicht leicht, die Interessen der Weinbauern und der Wohnbevölkerung unter einen Hut zu bringen.

Zu einem Debattenbeitrag zum Hochwasserschutz meinte der Stadtrat, daß Wien schlecht beraten wäre, wenn es den absoluten Hochwasserschutz nicht verwirklichte. In Bezug auf die Vorortelinie gab er der Meinung Ausdruck, daß die ÖBB dort einen Personenverkehr aufnehmen könne. Zur Sperre der Philadelphiabrücke sagte Hofmann, daß er nach einem Abkommen mit dem Bautenministerium, das die Übernahme von sechs Brücken durch die Stadt vorsah, eine Überprüfung der Bauwerke angeordnet habe. An zwei Brücken seien Schäden bemerkt worden. Der Schaden an der Philadelphiabrücke sei so groß gewesen, daß man eine Sperre habe vornehmen müssen. Sollte die Brücke auch auf Grund eines weiteren Gutachtens nicht mehr renoviert werden können, wäre ein neues Projekt notwendig.

StR. Hofmann kündigte zum Schluß einen Kurzbericht über Stadtplanung 1969-74 und Unterlagen über den Wald- und Wiesengürtel an.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß für 1974 (Geschäftsgruppe V) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die ÖVP-Anträge für ein Parkleitsystem und einen Prioritätenkatalog für den Garagenbau wurden einstimmig der zuständigen Geschäftsgruppe zugewiesen, der Antrag auf Ausschreibung eines Wettbewerbs zur bestmöglichen Nutzung des ehemaligen Forum-Areals wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (am)

Soziales und Gesundheit

Die Mehrausgaben für die Leistungen der Stadtverwaltung auf sozialem Gebiet und für Spitals- und Gesundheitswesen betragen 1974 gegenüber dem Voranschlag 389 Millionen S. Insgesamt überschritten die Gesamtausgaben die 5,5 Milliarden-Grenze. Dies erklärte StR. Prof. Dr. Alois Stacher (SPÖ) in seinem Bericht über den Rechnungsabschluß der Geschäftsgruppe IV.

Unter anderem wurden im Jahr 1974 die Richtsätze für die Gewährung von Geldleistungen erhöht, die Zahl der Bezieher von Dauersozialhilfeleistungen stieg auf 7.495 Personen und in 6.000 Fällen wurden Mietzinsbeihilfen gewährt.

Im Mittelpunkt der Bemühungen auf dem sozialen Sektor stand vor allem der Ausbau der Sozialdienste für die älteren Mitbürger. "Es war und ist unser Grundsatz, daß wir unseren alternden Menschen die Möglichkeit bieten müssen, so lange wie möglich in ihren gewohnten Lebensbereichen zu bleiben und damit auch gleichberechtigte Teilnehmer der Gemeinschaft zu sein", betonte der Stadtrat. Dementsprechend war auch ein starkes Steigen der Leistungen des Heimhilfedienstes zu verzeichnen. Weiter wurde das Socialservice der Stadtverwaltung durch die Einführung eines Wäschepflegedienstes, der gegenwärtig bereits 1.100 Betagte und Behinderte betreut, und eines Wohnungsreinigungsdienstes, erweitert. Ebenso konnte die Aktion "Essen auf Rädern" durch die Einführung der Samstagzustellung weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Bezieher beträgt zur Zeit bereits 5.000, wobei - ebenfalls als Neueinführung - für Bezieher mit geringeren Einkommen Ermäßigungen gewährt werden. Als weitere soziale Dienste nannte der Stadtrat die Einführung eines Besuchsdienstes und eines zunächst im 15. und 16. Bezirk versuchsweise eingerichteten Kontaktbesuchsdienstes, dessen Aufgabe es ist, betagte Menschen aufzusuchen und sie auf das soziale Angebot der Stadtverwaltung aufmerksam zu machen. Weitere soziale Aktivitäten im vergangenen Jahr waren die "Fahrten ins Grüne" mit mehr als 31.000 Teilnehmern, die Erweiterung der Landaufenthaltsaktion, die Erhöhung der Pensionistenklubs und die erstmals abgehaltenen Seniorenwochen.

Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime konnte im Vorjahr ein Pensionistenheim in Penzing neu in Betrieb nehmen, so daß Ende 1974 insgesamt neun Heime mit 2.295 Plätzen zur Verfügung standen. Die Fertigstellung von zwei weiteren Heimen, womit insgesamt 3.000 Plätze zur Verfügung stehen werden, ist noch für heuer vorgesehen. In diesem Zusammenhang kündigte Prof. Stacher auch den systematischen Ausbau der Pensionistenheime zu Altenzentren für die umliegende Wohnbevölkerung an. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit lag bei den Pflegeheimen.

Unter anderem wurden Adaptierungs- und Umbauarbeiten in den Pflegeheimen Lainz, Baumgarten, Liesing und St. Andrä durchgeführt. Auf Grund der forcierten Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für das Heim für betagte Menschen Süd - es wird Platz für 1.000 Betagte bieten - wird noch Ende dieses Jahres mit diesem großen Bauvorhaben begonnen werden. Weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Sozialwesens sind die Schaffung von Familienplanungsstellen und der Ausbau der Eheberatungsstellen, die Vorarbeiten für die zweite Novelle des Behindertengesetzes, die der Wiener Landtag heuer beschloß, die Erhöhung der Blindenbeihilfen und der generelle Regreßverzicht im Sozial- und Anstaltenwesen.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sei besonders das Programm der Gesundheitsvorsorge forciert worden. In den sechs Gesundheitsuntersuchungsstellen der Stadt Wien wurden insgesamt 6.185 Personen untersucht und erstmals Röteln-Schutzimpfungen bei 13jährigen Schülerinnen durchgeführt. An der Universitätskinderklinik wurde ein Früherkennungs- und Diagnostikzentrum für entwicklungsgestörte Kinder geschaffen. Besonderes Augenmerk wurde aber auch der Organisation der Spitäler gewidmet. So wurde vom Gemeinderat ein Zielplan für Krankenanstalten und Altenhilfe beschlossen. Dies ging Hand in Hand mit der Novellierung des Krankenanstaltengesetzes. Damit wurden die entsprechenden Weichen für die Zukunft gestellt, die es ermöglichen sollen, durch eine bessere und kostensparende, betriebliche Umorganisation ein Optimum an medizinischer Betreuung für die Bevölkerung zu erzielen. Auf Grund des großen Mangels an Pflegepersonal wurde vor allem der Bau von Pflegeschulen und Personalwohnhäusern sowie die Werbung für den Krankenpflegeberuf, unter besonderer Berücksichtigung des männlichen Diplomkrankenpflegers, forciert.

Neben zahlreichen anderen baulichen Veränderungen wurde unter anderem die kardiologische Abteilung im Krankenhaus Lainz fertiggestellt, Saalunterteilungen in verschiedenen Krankenhäusern durchgeführt und die Neonatologie in der Kinderklinik Glanzing ausgebaut. Ebenfalls massiv vorangetrieben wurden die Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für das Sozialmedizinische Zentrum Ost und die bauliche Fertigstellung der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

Ein Konzept für die Errichtung und den Ausbau von Notstromversorgungsanlagen in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wurde erarbeitet. Ebenso erwähnte der Stadtrat noch die Förderungsmaßnahmen für die Niederlassung von praktischen Ärzten, den versuchsweisen Einsatz mobiler Schwestern im 22. Bezirk und die Installierung eines Ombudsmannes für das Spitals- und Pflegeheimwesen sowie eine Fragebogenaktion für Spitalspatienten und eine von der Stadt Wien in Auftrag gegebene Studie über den Krankenpflegeberuf. Mit Stolz könne man feststellen, daß man im letzten Jahr wieder ein großes Stück weiter gekommen sei in der Verwirklichung des Grundsatzes: Jeder Wiener hat das Recht auf Erhaltung der Gesundheit, im Erkrankungsfall auf ärztliche und in individuellen Notsituationen auf soziale Hilfe, sagte Stacher abschließend. (zi)

Zu geringe Mittel für Pflegeheimbau

Als erster Debattenredner befaßte sich GR. Krenn (FPÖ) sehr eingehend mit dem Bau von Pflegeheimen, wobei er die seiner Meinung nach viel zu geringen budgetären Mittel dafür kritisierte. Als Beispiel nannte er dafür das Heim für betagte Menschen Süd, für das bisher erst 14,1 Millionen Schilling für Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Den selben Vorwurf erhob er auch bezüglich des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, das wie er meinte, ebenfalls eine viel zu lange Planungszeit erfordert hätte. Was den Bau von Pensionistenheimen betrifft, so seien diese ebenfalls nur "ein Tropfen auf einem heißen Stein", da es derzeit rund 12.000 Vormerkungen dafür gebe. Zum Bau des Allgemeinen Krankenhauses äußerte der Debattenredner Zweifel am Fertigstellungstermin, kritisierte die ständigen Kostenerhöhungen und vertrat die Meinung, daß die Schuhnummer dieses Bauvorhabens zu groß geraten sei. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Rechnungsabschluß daher nicht zustimmen. (zi)

Gegen den "Pensionsschock"

Es wäre an der Zeit, Maßnahmen zu überdenken, die ein langsames Hinübergleiten in den Pensionistenzustand ermöglichen, forderte GR. Gertrude Härtel (ÖVP) in ihrem Debattenbeitrag. Auf diese Weise könnte der "Pensionsschock", könnten seelische Depressionen vermieden werden.

Anschließend legte GR. Härtel drei Anträge vor. Darin wird verlangt, daß im Rahmen des Sozialdienstes der Stadt Wien die Funktion eines Sozialhilfe- und Fürsorgerates eingeführt werde, der die Aufgaben des ehemaligen Fürsorgerates übernimmt, ferner die Erleichterung der Aufnahme in Altersheime über eine eigene Aufnahmezentrale, wo Ansuchen auch telefonisch vorgebracht werden können. Im dritten Antrag wird der Aufbau eines Hospitessendienstes auf freiwilliger Basis durch einschlägige private Organisationen gefordert, der regelmäßige Besuche bei einsam bleibenden Langzeitpatienten in Krankenhäusern und Alterspflegeheimen durchführen soll. (we)

Für die Gesundheit

GR. Dr. Zeman (SPÖ): Allein in den Gesundenuntersuchungsstellen wurden mehr als 6.000 Personen untersucht, dabei konnte bei 17 Personen eine Krebserkrankung entdeckt werden, von der der Untersuchte nichts wußte. Bei 900 Personen wurde erhöhter Blutdruck festgestellt. Diese Vorsorgeuntersuchungen - es wurden beispielsweise in den Pflichtschulen 138.000 Kinder untersucht, von denen 17.000 zu Fachärzten geschickt werden mußten - bewirken eine höhere Gesundheitserwartung, die möglichst weiter erhöht werden sollte.

Er könne sich vorstellen, daß man zu den vielen Leistungen auf dem Gesundheitssektor auch eine Beratung für Ernährung einführen könnte. Gewiß, so fuhr der Redner fort, ist die ärztliche Versorgung der Bevölkerung noch immer ungenügend, obwohl 1974 5.996 Ärzte vorhanden waren. Die Zahl der praktischen Ärzte sei ebenfalls gestiegen. Dennoch bemüht sich die Stadt Wien um die Ansiedlung von Ärzten in den neuen Wohngebieten. Dabei werde in Zukunft die Errichtung von Gemeinschaftspraxen besonders berücksichtigt werden.

Man sollte auch den Ärztlichen Notdienst, der bislang nur an Wochenenden in Aktion tritt, auch auf die Arbeitstage ausdehnen.

Zur Spitalssituation meinte GR. Zeman, daß hier der Ombudsmann für Spitäler großen Erfolg zeigte. Die Anfragen seien zum überwiegenden Teil persönlicher Natur. (ka)

Mehr Aufklärung zur Gesundheitsvorsorge

Mit den schwierigen und komplexen Problemen der gesundheitlichen und sozialen Prophylaxe beschäftigte sich GR. Traindl (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Er betonte, daß die ÖVP alle Anstrengungen um die Ausgestaltung der sozialen und medizinischen Einrichtungen unterstütze. Wenn dennoch Kritik angebracht sei, so deshalb, weil der Mensch mehr als der materiellen Vorsorge bedürfe. Die beste Gesundheitsvorsorge sei eine Frage der Lebensführung. Und hier müßte ein breites Band von Erziehungsmaßnahmen getroffen werden, die, beim Elternhaus beginnend, über die Lehrerschaft bis zu den Medien reichen sollte. Nach den Vorbildern im Elternhaus ist zu befürchten, daß mehr als die Hälfte der kommenden Generationen in irgendeiner Weise gesundheitlich geschädigt sein werde, von Haltungsschäden angefangen bis zu den Folgeerscheinungen des Rauchens und des Alkoholkonsums. Dem müßte mit der größten Aufklärungskampagne aller Zeiten begegnet werden. Der Redner würdigte die Erfolge durch die prophylaktischen Maßnahmen gegen Kinderlähmung und Zahnkaries. Um den schulärztlichen Dienst wirksamer gestalten zu können, schlug GR. Traindl vor, den durch Schreiarbeiten überlasteten Schulärzten teilzeitbeschäftigte Kräfte zur Seite zu stellen. Für Schüler, die oft zu ärztlichen Spezialuntersuchungen nicht kommen, weil ihre Mütter in Arbeit stehen, sollte ein kostenloser Gruppen-Transportdienst von der Schule zur Untersuchungsstelle eingeführt werden. (smo)

Familienpolitik

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) unterstrich in ihren Ausführungen die Bedeutung, die einer wirksamen Sozialhilfe gerade in der Großstadt zukommt. Die Rednerin wies in diesem Zusammenhang auf das starke Steigen der Sozialhilfeleistungen im vergangenen Jahr hin. Dafür wurden allein 148 Millionen aufgewendet, um elf Millionen mehr. Ein wesentlicher Grund des Steigens dieser Leistungen liege sicher auch in dem im Gemeinderat beschlossenen Regreßverzicht. Als eine ebenso soziale und echt wirksame Hilfe für die Familie bezeichnete sie die zur Verfügung stehenden zahlreichen sozialen Dienste und Hilfen, die es letztlich den betagten Menschen erlauben,

so lang wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Dank der intensiven Bemühungen von Stadtrat Dr. Stacher um eine bessere Bekanntmachung aller sozialen Dienste, wissen heute viel mehr Menschen als früher, welche Leistungen sie im Bedarfsfall in Anspruch nehmen können.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen hob GR. Dohnal die ständig steigende Frequenz bei den Familienplanungs- und Eheberatungsstellen der Stadt Wien hervor. Die steigende Frequenz sei ihrer Meinung nach ein echter Vertrauensbeweis für die dort tätigen Beraterteams. Zu den Hauptproblemen, die in den Familienberatungsstellen vorgebracht wurden, zählten dabei vor allem Fragen der Schwangerschaftsverhütung, Familienkonflikte, der Wunsch nach einem Kind, Partnerschaftsprobleme und soziale Fragen. Dies sei ein Beweis dafür, daß die Befürchtung jener, die gemeint haben, mit dem Inkrafttreten der Fristenlösung werden die Menschen nichts anderes zu tun haben, als Schwangerschaftsabbrüche zu verlangen, unberechtigt war. (zi)

Rechnungshof soll AKH prüfen

Als nächster Redner betonte Stadtrat Lehner (ÖVP), daß viele Einrichtungen, auf die die SPÖ nun so besonders stolz sei, bereits auf die "Ära Glück" zurückgingen. Das gelte für die Fragebogenaktion, die schon vor Jahren in der Hera durchgeführt wurde. Auch die heutigen "Lieblingskinder" der SPÖ-Fraktion, Wäschedienst und Besuchsdienst, sowie Essen auf Rädern gingen auf ÖVP-Initiativen zurück. Der Redner betonte noch einmal, daß sich die ÖVP durch ihren Gesundheitssprecher Abg. Dr. Wiesinger bereits vollkommen von den Erklärungen des Ärztekammerpräsidenten Piaty im Bezug auf die Leistungen der Patienten distanziert habe.

Auf die Personalsituation eingehend, brachte Lehner seine Befriedigung über die Verbesserung auf Grund des nunmehr möglichen Zuganges zu den Krankenpflegeberufen schon ab dem 15. Lebensjahr zum Ausdruck. Stadtrat Lehner kritisierte aber die Situation an den Wiener Spitälern, wo das Vorrücken einer Turnusschwester auf den Posten einer Stationsschwester für diese mit einem finanziellen Verlust verbunden sei, was zu einer negativen Auslese führen könnte.

Er richtete an die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten den Appell, diese Situation zu bereinigen.

Der Redner begründete die angekündigte Ablehnung seiner Fraktion für den Rechnungsabschluß des IV. Hauptstückes damit, daß die prekäre Situation der Pflegeheime nach wie vor bestehe. Die ÖVP habe schon vor Jahren die Zweckbindung der Erträge aus der Biersteuer für den Ausbau der Pflegeheime verlangt, man habe sie aber seitens der Mehrheit abgelehnt. Tatsächlich seien im Berichtsjahr von den mehr als hundert Millionen Schilling aus der Biersteuer nur 17 Millionen für Pflegeheime verwendet worden.

Der Redner ging schließlich auf die bedenklichen baulichen und Ausstattungszustände in einigen Wiener Krankenhausabteilungen ein und erwähnte hier vor allem die Situation der HNO und der Abteilung für plastische und Wiederherstellungschirurgie im Krankenhaus Lainz. Zu den Vorwürfen, daß viele dieser Zustände auf Versäumnisse während der Ära Glück zurückgingen, stellte Lehner fest, daß dem damaligen ÖVP-Gesundheitsstadtrat von den jeweiligen Finanzstadträten die Hände gebunden worden seien. So sehr er es begrüße, daß Stadtrat Stacher nicht mehr mit diesen finanziellen Schwierigkeiten kämpfen müsse, so sei es doch bedenklich, wenn das Ausmaß der Dotierung des Wiener Gesundheitswesens von der politischen Einstellung des Amtsführenden Stadtrates abhängt.

Schließlich ging der Redner auf die Situation beim Neubau des AKH ein, und betonte, daß seine Fraktion seit Jahren auf die dort herrschenden Mißstände hingewiesen habe, ohne aber in der Vergangenheit dafür das entsprechende Echo bei den Massenmedien gefunden zu haben. Der Redner sprach weiters von einem unverantwortlichen Verhalten der Bundesregierung, die durch die Reduzierung der für den weiteren südlichen Ausbau notwendigen Mittel im Budget 1975 von den geforderten 950 Millionen auf 580 nicht nur den Neubau der Kinderklinik und der Psychiatrie, sondern auch das gesamte Bauvorhaben in gefährlichen und kostspieligen Verzug bringe. Es bleibe daher nur die Alternative der Schaffung einer Bau-DurchführungsgesmbH. für den Neubau des AKH und der Weg über die Fremdfinanzierung.

Zu dieser prekären Situation sei es gekommen, weil es seit Jahren versäumt worden sei, den Wiener Gemeinderat, das Parlament oder die Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage zu informieren. Über den unzulänglichen Entscheidungsmechanismus und die Neuorganisation des Managements werde seit Jahren diskutiert, aber nicht entschieden.

Der Spitzenausschuß, der die wichtigsten Entscheidungen zu treffen habe, sei seit zwei Jahren nicht mehr zusammengetreten. Auch habe sich niemand zu einem Planungsstopp aufgerafft, was zur Folge habe, daß ständig neue Planungen vorgelegt wurden und schon daher nicht zügig gebaut werden könne. In diesem Zusammenhang dränge sich der Vergleich mit den Streichen der Bürger von Schilda geradezu auf. Abschließend stellte Stadtrat Lehner namens seiner Fraktion den Antrag, der Stadtsenat möge den Rechnungshof mit einer Überprüfung des Neubaus des AKH beauftragen. (may)

ÖVP versucht Unsicherheit zu erzeugen

Auf Grundsätze der Gesundheitspolitik ging GR./^{Franziska}Fast (SPÖ) ein. Die Definition von Gesundheit durch die Weltgesundheitsbehörde erfaßt nicht nur das Fehlen von Krankheit und Gebrechen, sondern fordert das volle körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden eines Menschen, erklärte die Gemeinderätin. Die SPÖ handle, so Fast, gemäß diesem Grundsatz. So sei es erstmalig durch die Einführung der Gesundenuntersuchung auch dem sich gesund fühlenden Menschen möglich, zum Arzt zu gehen.

Fast erklärte, daß die ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit ihrer Ablehnung des Berichtes über die Geschäftsgruppe IV auch die fortschrittliche Gesundheitspolitik ablehne. Durch die Kritik der ÖVP ziehe sich wie ein roter Faden der Versuch, Unsicherheit über die gesundheitliche Versorgung zu erzeugen. (sei)

Schlußwort

In seinem Schlußwort nahm Gesundheitsstadtrat Prof. Dr. Stacher zu den verschiedenen Debattenbeiträgen Stellung.

Krankenanstaltenplan: Die zentrale Einweisung in die Alterspflegeheime funktioniert bereits seit zwei Monaten.

Freihändige Vergabe von Instrumentenlieferungen: Manche Geräte sind eben nur bei einer Firma erhältlich, eine Ausschreibung würde das Zehnfache kosten.

Medikamenten-Überschreitung: Das vom vorigen Gesundheitsstadtrat erstellte Budget enthielt zu niedrige Ansätze auf dem Medikamentensektor. Es war unmöglich, innerhalb von vierzehn Tagen eine Umorganisation durchzuführen. Unrichtig ist jedoch, daß die Ärzte angewiesen seien, bei der Medikamentenvergabe zu sparen.

Fürsorgegeräte: Die Einführung eines Kontakt-Besuchsdienstes ist geplant, noch nicht geklärt ist die Art der Durchführung.

Verpflegung: Das Essen der Krankenhauspatienten hat zwischen 2.500 bis 3.200 Kalorien. Es sollten jedoch nur 2.200 sein. In den Spitälern sollten weniger Kohlehydrate, jedoch mehr Eiweiß verabreicht werden. In Lainz werden derzeit Umstellungsversuche durchgeführt.

Ärztlicher Nachtdienst an Wochentagen: Wird in nächster Zeit eingeführt. Gespräche der Stadtverwaltung mit Ärztekammer und Gebietskrankenkasse sind im Gange.

AKH: Die diesbezüglichen Debattenbeiträge lassen eine "Aufschaukelung" zum zentralen Wahlkampfthema der ÖVP erkennen. Keine ruhige und seriöse Argumentation. Wenn jahrelang kein Bericht vorgelegt wurde - wer hätte ihn vorlegen sollen, wenn nicht der damals dafür verantwortliche ÖVP-Stadtrat.

Abstimmung: Rechnungsabschluß angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Die vorgelegten Anträge wurden einstimmig dem Bürgermeister (AKH-Überprüfung durch den Rechnungshof) und an den zuständigen Ausschuß IV (Sozialhilfe- und Fürsorgerat, Hospitessen-Dienst, zentrale Altersheim-Einweisung) zugewiesen.

Morgen Donnerstag wird die Sitzung des Gemeinderates nach Behandlung der Geschäftsgruppe VII (Wohnen und Liegenschaftswesen) und des Rechnungsabschlusses der Wiener Stadtwerke für 1974 sowie der restlichen Tagesordnung abgeschlossen. (we)

Unterbrechung des Sitzungsberichtes